

Verlichter in den Hintergrund drängt, sofern sie glaubt, mit ihren Gründen durchzukommen. Hier aber handelte es sich nicht um irgendeinen Fall der Korruption im Lager der Kommunistischen Partei. Infolgedessen war hier nichts zu riskieren, woraus sich ergibt, was es mit dem Geschwäh der SAZ in Wirklichkeit auf sich hat.

Die „Dreckschiff“ beschäftigt sich ferner mit unjeren Feststellungen über den angeblich ermordeten Kommunisten Kobisch-Meyer. Wir hatten die bescheidene Frage aufgeworfen, in welchem Zusammenhang Kobisch-Meyer die 15 Jahre Zuchthaus erhalten hatte. Er war wegen schweren Raubes, schweren Diebstahls, Totschlag und anderer gemeiner Verbrechen verurteilt worden. Die Sächsische Arbeiter-Zeitung und die Rote Fahne entzweiten sich zwar über die indistinkten Fragen, die wir aufgeworfen hatten. Beide Zeitungen aber schweigen sich über unsere Fragen erneut beharrlich aus. Weder die SAZ, noch auch die Rote Fahne wägen anzugeben, wann, wie und wo Kobisch-Meyer diese Strafen, im „Dienste der Arbeiterklasse“ erhalten hat. Beide Zeitungen appellieren an das Gefühl der Leser, in dem sie von dem „ermordeten Genossen Kobisch-Meyer“ sprechen. Wir stellen fest, daß Kobisch-Meyer nicht ermordet wurde, sondern daß er im Lazarett des Untersuchungsgefängnisses Moabit gestorben ist. Ob durch das Verschulden der Zuchthausbehörden, bleibt dahingestellt. Liegt ein solches vor, dann wird die Deffenlichkeit auf eine Bestrafung der Schuldigen beharren müssen. Dennoch bestehen unsere Behauptungen zu recht, nämlich daß die Kommunistische Partei mit dem Leichnam eines Mannes demonstrierend durch die Berliner Straßen zog, über dessen Vorleben konsequent jede Aufklärung verweigert wird.

Im übrigen wird von der Sächsischen Arbeiter-Zeitung die Wichtigkeit der Lohngebläuberei nicht mehr abgestritten. Sie geht über diese Angelegenheit, wie auch über die Anschuldigungen, die wir dem Blatt der Rechtskommunisten entnommen haben, mit einer klugen Handbewegung hinweg. Nur die „Dreckschiff“ bleibt. Nach den Mitteilungen der Roten Fahne wäre anzunehmen, daß Herr Obuch nun endlich die Klageschrift den Hamburger Gerichten unterbreitet hat. Wir harren mit gespannter Aufmerksamkeit der weiteren Entwicklung dieses Falles. Wann aber klagt Willi Leow, um sich von den schweren Anschuldigungen reinzuwaschen, die gegen ihn monatelang erhoben worden sind?

### Die künftige Gestaltung der Reichsbank

Die künftige Gestaltung der Reichsbank ist ein Thema, das in den letzten Tagen im Reichsbankrat und in den Reichsbankkommissionen diskutiert wurde. Die künftige Gestaltung der Reichsbank ist ein Thema, das in den letzten Tagen im Reichsbankrat und in den Reichsbankkommissionen diskutiert wurde. Die künftige Gestaltung der Reichsbank ist ein Thema, das in den letzten Tagen im Reichsbankrat und in den Reichsbankkommissionen diskutiert wurde.

Die künftige Gestaltung der Reichsbank ist ein Thema, das in den letzten Tagen im Reichsbankrat und in den Reichsbankkommissionen diskutiert wurde. Die künftige Gestaltung der Reichsbank ist ein Thema, das in den letzten Tagen im Reichsbankrat und in den Reichsbankkommissionen diskutiert wurde. Die künftige Gestaltung der Reichsbank ist ein Thema, das in den letzten Tagen im Reichsbankrat und in den Reichsbankkommissionen diskutiert wurde.

Die künftige Gestaltung der Reichsbank ist ein Thema, das in den letzten Tagen im Reichsbankrat und in den Reichsbankkommissionen diskutiert wurde. Die künftige Gestaltung der Reichsbank ist ein Thema, das in den letzten Tagen im Reichsbankrat und in den Reichsbankkommissionen diskutiert wurde. Die künftige Gestaltung der Reichsbank ist ein Thema, das in den letzten Tagen im Reichsbankrat und in den Reichsbankkommissionen diskutiert wurde.

Die künftige Gestaltung der Reichsbank ist ein Thema, das in den letzten Tagen im Reichsbankrat und in den Reichsbankkommissionen diskutiert wurde. Die künftige Gestaltung der Reichsbank ist ein Thema, das in den letzten Tagen im Reichsbankrat und in den Reichsbankkommissionen diskutiert wurde. Die künftige Gestaltung der Reichsbank ist ein Thema, das in den letzten Tagen im Reichsbankrat und in den Reichsbankkommissionen diskutiert wurde.

Die künftige Gestaltung der Reichsbank ist ein Thema, das in den letzten Tagen im Reichsbankrat und in den Reichsbankkommissionen diskutiert wurde. Die künftige Gestaltung der Reichsbank ist ein Thema, das in den letzten Tagen im Reichsbankrat und in den Reichsbankkommissionen diskutiert wurde. Die künftige Gestaltung der Reichsbank ist ein Thema, das in den letzten Tagen im Reichsbankrat und in den Reichsbankkommissionen diskutiert wurde.

### Die Geldquellen der Pazifisten

Zu den schweren Vorwürfen, die gegen die Deutsche Friedensgesellschaft wegen ihrer ausländischen Geldquellen erhoben werden, nimmt Professor Förster in einem Briefe an den Internationalen Arbeiterkongress in Genf Stellung. Förster erklärt, daß die Geldmittel, die gegeben worden seien, ausschließlich von Pazifisten und friedensfreundlichen internationalen Kreisen stammten. Er erinnert daran, daß auch die Kirchen und Gewerkschaften sich gegenseitig international aushalfen. Er bestreitet, daß die Gelder, die er der Deutschen Friedensbewegung zugeführt hat, von militaristischer oder Regierungsseite stammten. Er werde auch weiterhin den deutschen pazifistischen Organisationen Geldmittel aus dem Ausland zur Förderung ihrer Arbeit in Deutschland zukommen lassen, aber nur Gelder von pazifistischen oder Völkerverbündeten Kreisen.

# Riesenschwindel der SAZ

## Abwehroffensive der Leow-Leute

In ihrer Sonnabend-Nummer bringt die Sächsische Arbeiter-Zeitung, zweispaltig aufgemacht, einen Riesenschwindel, mit dem sie von dem Korruptionstreiben im eigenen Lager abzulenken sucht. Die SAZ stützt sich auf Darstellungen des Hamburger Organs der SPD. Dort wird behauptet, daß der sozialdemokratische Geschäftsführer des Hamburger Gewerkschaftshauses, Odenthal, 287 000 Mk. Arbeitergelber unterschlagen habe. Die Aufdeckung dieser ungeheuerlichen Korruptionsercheinung habe in der Hamburger SPD wie eine Bombe eingeschlagen.

Unser Hamburger Parteiorgan zerpfückte in seiner Sonnabendausgabe den Riesenschwindel, den dort die Hamburger Volkszeitung ebenso groß aufgemacht hatte. Wie viele andere Unternehmungen ist auch das Hamburger Gewerkschaftshaus mit seinen großen Räumlichkeiten in finanzielle Schwierigkeiten gekommen, die aber, wie schon im voraus bemerkt sei, auf keinerlei Veruntreuungen seitens des Geschäftsführers zurückzuführen sind. Um den illiquiden Status des Volkshauses zu beseitigen, dessen Räumlichkeiten auf die Abhaltung großer Kongresse eingestellt worden sind, die aber im vergangenen Jahre fehlten, versuchte die Verwaltung einen Kredit zu erhalten. Die Voraussetzungen dazu wären eine genaue Untersuchung der Vermögenslage, die im Verlaufe der Zeit durch die „Gesellschaft für Vermögenswahrung und -verwaltung m. b. H.“ vorgenommen worden ist. Für die Grundlichkeit der Revision, die von dieser beidigten Treuhandgesellschaft vorgenommen worden ist, zeugt die Tatsache, daß die Untersuchungen fast sechs Wochen in Anspruch genommen haben. Wir geben nachstehend die Feststellungen wieder, die in dem Revisionsbericht der Treuhandgesellschaft gemacht worden sind. Sie lauten nach den Mitteilungen des Hamburger Echo wie folgt:

1. Es sind keinerlei Handlungen festgestellt, aus denen sich ergeben könnte, daß Mitglieder der Verwaltung unehrenhafte Handlungen begangen oder sich persönliche Vorteile verschafft hätten.

Der Revisionsbericht stellt fest, daß, was gegenwärtige Behauptungen aufgestellt werden, es sich um böswillige Verleumdung handelt.

2. Die Illiquidität belief sich bei Abschluß des Revisions-

berichtes auf rund 150 000 Mk. Sie war auf folgende Momente zurückzuführen:

- a) auf die allgemeine Wirtschaftslage,
- b) auf die Unrentabilität der Fabrikbetriebe,
- c) auf eine Überziehung des Personalbestandes,
- d) auf Ähnliche mit dem Betrieb und mit der allgemeinen Wirtschaftslage verbundene Begleitercheinungen.

Auch der Umstand, daß im Jahre 1920 die Zinsen und Unkosten freudigen Säle des Gewerkschaftshauses so gut wie gar nicht für Kongresse benutzt wurden, daß die sowieso Verlust erheischenden Großsäle des Hauses nur in geringem Umfang in Anspruch genommen wurden, hatte auf dieses, wie hervorgehoben ist, vorläufige Geschäftsergebnis ungünstig eingewirkt.

Der Revisionsbericht war für die Gesamtverwaltung Beranlassung, sofort eine Reorganisation des Betriebes durchzuführen, mit dem Ziele der Wiederherstellung der Liquidität, ohne Inanspruchnahme fremder Hilfe und ohne Erhebung von Extrabeiträgen durch die Gewerkschaften.

Um die Betriebskosten beträchtlich zu senken, wurde durch Verständigung mit den zuständigen Gewerkschaften und dem Betriebsrat eine Umstellung und Verminderung des Personalbestandes durchgeführt. Die Fabrikalben wurden auf eigene Füße gestellt. Sie müssen sich selbst erhalten. Der bisherige Zuschuß, der im verflochtenen Jahre rund 25 000 Mk. betrug, kommt damit in Wegfall. Die Personalverminderung und Umstellung erstreckt sich auch auf die Geschäftsleitung. Der bisherige Geschäftsführer Odenthal ist zurückgetreten.

Es kann der Deffenlichkeit angelehnt der Angriffe von kommunistischer Seite die erfreuliche Tatsache mitgeteilt werden, daß ohne fremde Kapitalen, aus eigener Kraft die Illiquidität des Hauses behoben

worden ist. Die in der Hamburger Volkszeitung aufgestellte Behauptung, daß Privatkapitalisten zur Stützung des Gewerkschaftshauses herangezogen seien und daß man bestimmte Verpflichtungen habe übernehmen müssen, ist, wie es bei der Hamburger Volkszeitung nicht anders zu erwarten war, von A bis Z erlogen.

Wir bemerken ausdrücklich, daß der Geschäftsführer Odenthal lediglich zurückgetreten ist, um der Verwaltung bei der Sanierung vollkommen freie Hand zu lassen. Aus dem ganzen aber ergibt sich, wie strupplos die kommunistische Presse arbeitet, lediglich um von den Korruptionsmethoden in ihrem eigenen Lager abzulenken.

# Tagung des Völkerverbundes

## Henderson vor der Presse

WTB Genf, 12. Januar.

Als Auftakt der neuen Ratstagung empfing der englische Außenminister Henderson die internationale Presse, um die Bedeutung der bevorstehenden Beratungen, besonders in bezug auf die Anpassung des Völkerverbundes an den Weltkrieg, den Völkerverbund und die Mandatsfragen auseinanderzusetzen. Er sprach die Hoffnung aus, daß bereits der nächsten Völkerverbundsversammlung ein einstimmiger Vorschlag zur Beschlusfassung vorgelegt werden kann. Das Zustandekommen des Zollwaffenstillstandes, führte Henderson aus, wäre ein erster wichtiger Schritt zur Senkung der Zollschranken im Sinne der Empfehlungen der Weltwirtschaftskonferenz, der nicht nur der englischen, sondern der gesamten Weltwirtschaft zugutekommen würde. Was die Vorgänge in Palästina betreffe, so hoffe er, daß trotz des Zögerns einiger Mandatsmächte der Rat die Möglichkeit finde, auf die englischen Vorschläge, so wegen der Einsetzung eines besonderen Ausschusses zur Regelung des Streites um die Klagenauer, einzugehen. Henderson bestätigte schließlich seinen Entschluß, im Hinblick auf die letzten Vorbereitungen der Seeabrüstungskonferenz nur die beiden nächsten Tage in Genf zu bleiben.

Dementsprechend werden die Mandatsfragen, darunter auch die Frage der Souveränität, der Staatsangehörigkeit und der wirtschaftlichen Gleichberechtigung in den Mandatsgebieten, die — wie im vergangenen September — wieder zu interessanten grundsätzlichen Auseinandersetzungen führen sollen, bereits Montagvormittag verhandelt. Die Eröffnungssitzung am Montagvormittag bringt in ihrem ersten vertraulichen Teil die rein formale einjährige Verlängerung der Mandate der Mitglieder der Saarregierungs-Kommission und in ihrem zweiten öffentlichen Teil die Verhandlung eines Berichtes über die Teilung des obersteilischen Anappphysbermögens, der, wie man vernimmt, eine befriedigende Regelung vorliegt.

## Abüstungskonferenz und Völkerverbund

SPD Genf, 11. Januar.

Der Generalsekretär des Völkerverbundes erhielt eine Note des englischen Außenministers, in der Henderson vorschlägt, den Direktor der Abüstungskonferenz, Coban als Beobachter der Londoner Konferenz beizubehalten zu lassen.

Das Völkerverbundssekretariat steht in dieser Einladung Hendersons ein Zeugnis des ernsthaften Willens Englands, gemeinsame Beziehungen zwischen der Marineabüstungskonferenz in London und der allgemeinen Abüstungsarbeit des Völkerverbundes herzustellen.

## Enthüllungen der „Rote Fahne“

### Vom Reichswehrministerium demantiert

TU Berlin, 11. Januar.

Die „Rote Fahne“ hatte am Sonnabend unter der Überschrift „Die Reichswehr hinter den Tschernowitzer-Fälschern“ angebliche Enthüllungen gebracht. Das Blatt behauptet, in der Geheimhaltung des Prozesses am 9. Januar habe der Verteidiger Karumidze ein die „Staatsicherheit gefährdendes“ Dokument zur Verlesung bringen wollen. Dieses Dokument sei ein offizieller Ausweis für Karumidze, der vom Reichswehrgruppenkommando VII, unterschrieben von dem kommandierenden General Kreh von Kressenstein, ausgestellt sei. Daran knüpfte die „Rote Fahne“ u. a. die Behauptung, daß vom Auswärtigen Amt zwei Beamte auf Veranlassung des jetzt angeklagten Schmidt in München mit dem ukrainischen Emigrantenkreis verhandelt hätten und daß Dr. Held, Sohn des bayerischen Ministerpräsidenten, im August 1921 in Sofia eine Zusammenkunft mit dem jetzt angeklagten Bell gehabt habe. Held, obwohl er nicht im diplomatischen Dienst stehe, sei mit einem Diplomatenpaß ausgerüstet gewesen. Von dem Auswärtigen Amt werden diese Behauptungen sämtlich als aus der Luft gegriffen bezeichnet.

Die „Rote Fahne“ behauptet weiter, General Kreh von Kressenstein habe seinen Generalfeldoffizier Wda in mit der Ausarbeitung eines Planes gegen Sowjetrußland beauftragt, zu dem Karumidze die geographischen und sonstigen Unterlagen geliefert habe. Vom Reichswehrministerium wird demgegenüber erklärt, daß General Kreh von Kressenstein sich nie als mit derartigen Plänen befaßt habe und demzufolge auch keine derartigen Aufträge gegeben habe. Wegen der angeblichen Enthüllung aus der Geheimhaltung des Gerichts am 9. Januar kann Strafantrag gegen die „Rote Fahne“ wegen Zuwiderhandlung gegen den § 17 des Preßgesetzes nicht gestellt werden, weil das angebliche Dokument nicht Gegenstand der nichtöffentlichen Verhandlung gewesen ist. Es handelt sich vielmehr um eine private Empfehlung des Generals von Kreh für Karumidze aus dem Jahre 1925, dessen Echtheit noch nicht nachgeprüft werden konnte. Von einem militärischen Schriftstück kann also gar keine Rede sein. Der Verteidiger hatte im übrigen auf die Verlesung des Schriftstückes von sich aus verzichtet.

## Ueberfall auf Stahlhelmer

WTB Friedland (Mecklenburg), 12. Januar.

Am Sonnabendabend wurden zehn Stahlhelmlente der Ortsgruppe Friedland, die mit ihren Fahrrädern nach einem benachbarten Bauerndorf zu einer Stahlhelmveranstaltung unterwegs waren, auf der Pajewaller Landstraße, kurz hinter Friedland, von beiden Straßenseiten her mit Steinen beworfen. Wenige Augenblicke später drangen etwa 20 Personen, mit Schlagringen, Gummiknüppeln und Stöcken bewaffnet, auf die Stahlhelmer ein, rissen sie von den Rädern und schlugen sie nieder. Die Ueberfallenen wurden zum Teil erheblich verletzt. Besonders schwere Verletzungen erlitt der Stahlhelmangehörige Friedrich Scherberg, der neben anderen Verletzungen etwa sechs Kopfwunden davontrug. Auf ein Trillerpfeifensignal hin stießen dann die Täter von ihren Opfern ab und verschwanden quersfeld in der Dunkelheit. Die Nachforschungen der Polizei nach den Tätern sind bisher erfolglos geblieben.

TU Berlin, 12. Januar.

Am Sonntag kam es in verschiedenen Gegenden Berlins zu heftigen Zusammenstößen. In der Grenadierstraße und auf dem Wilow-Platz entstand eine Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten, bei der die Polizei mit dem Gummiknüppel einschreite und mehrere Zwangsstellungen vornehmen mußte. In der Pofener Straße holte die Polizei aus einem kommunistischen Demonstrationen zuge sechs Personen, die an dem Zuge in den verbotenen Rotfrontkämpfer-Uniformen teilnahmen, heraus. Im ganzen wurden etwa 80 Personen zwangsgestellt.

## Die Volkspartei hat doch Bedenken

SPD Weimar, 11. Januar.

Die Verhandlungen zur Neubildung der thüringischen Regierung sind plötzlich ins Stocken geraten, nachdem die sozialistische Presse in aller Schärfe auf den Werdegang des als Volkheimminister in Aussicht genommenen nationalsozialistischen Buischiken Fried hingewiesen hatte. Bei der Deutschen Volkspartei, ohne die eine Regierungsbildung in Thüringen nicht möglich ist, tauchten auf Grund der Feststellungen in der sozialistischen Presse gegen Fried plötzlich Bedenken auf. Sie zog ihre anfängliche Zusage zurück, so daß die Verhandlungen zunächst am Montag fortgesetzt werden sollen.